
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 2

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 21.04.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Hartmut Ganzke
Ursula Lindstedt
Karin Goddinger
Hildegard Rüwald
Ursula Erdelkamp
Ute Giedinghagen
Annelies Schwarzer
Paul Wisniewski
Heinz Piehl
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann
Martina Plath
Monika Töpfer

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Eleonore Köth-Feige
Bodo Freund
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Gabriele Wentzek

Von der Verwaltung

Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Diekmännken, L FB 50
Herr Zakel, FB 50
Frau Raupach, FB 50
Herr Preising, FB 50
Frau Schmücker, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Ringelsiep, ARGE Kreis Unna
Frau Adams, Frau Stich und Herr Bioly, Diakonisches Werk
Dortmund und Lünen gGmbH
Herr Plogmann und Herr Löhr, Caritasverband für den Kreis Unna

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren, hier besonders die Vertreter der Wohlfahrtsverbände, und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Darstellung der Wohnungslosenhilfe Unna;
Mündlicher Bericht der Wohlfahrtsverbände

Punkt 2

ARGE Kreis Unna – mündlicher Bericht der Geschäftsführung

- Aktuelle Entwicklungen
- Zukunft der ARGEN

Punkt 3

Sozialbericht zu problematischen Einkommensverhältnissen im Kreis Unna;
Mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 4

026/09
Integrationskonferenz Kreis Unna

Punkt 5

020/09
Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna
-Zwischenbilanz-

Punkt 6

030/09

Wohnberatung;

Fortführung der Finanzierung

Punkt 7

027/09

Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna vom 03.01.2005

- Rückübertragung bei der Verfolgung von (Unterhalts-) Ansprüchen nach § 93 und 94 SGB XII -

Punkt 8

028/09

Finanzierung von Mitteln zur Schwangerschaftsverhütung

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Darstellung der Wohnungslosenhilfe Unna;

Mündlicher Bericht der Wohlfahrtsverbände

Erörterung

Nach der Begrüßung der Vertreter von Caritas und Diakonie durch den Ausschussvorsitzenden stellen diese die Wohnungslosenhilfe im Kreis Unna ausführlich vor. Die hierzu verwendete Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Im Anschluss an den Bericht werden die aufgetretenen Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. So könne festgestellt werden, dass sich die Anzahl der Wohnungslosen in den letzten Jahren zwar nicht explosionsartig erhöht habe, es aber durchaus ansteigende Tendenzen gebe. Dem zuvor verteilten Jahresbericht sei zu entnehmen, dass es auch immer mehr junge Menschen gebe, die wohnungslos geworden seien. Es könne nicht allgemein gesagt werden, dass Wohnungslosigkeit auch gleichzeitig mit einer psychischen Erkrankung in Zusammenhang stehe. Sicherlich gebe es auch Fälle, bei denen beides zusammenkomme. Bei Männern beispielsweise seien es überwiegend fehlende soziale Fähigkeiten, die zur Wohnungslosigkeit führen würden.

Bezogen auf eine konkrete Anfrage von Frau Wentzek zum betreuten Wohnen teilt Herr Sparbrod mit, dass ihm die hiermit verbundene Grundproblematik bei der Unterbringung von jungen Menschen bekannt sei, eine Klärung jedoch vorrangig zwischen dem Landschaftsverband als Träger und dem Landesjugendamt

herbeigeführt werden müsse. Bei einem in Kürze anstehenden Gespräch werde er die Angelegenheit noch einmal thematisieren und auch darüber berichten.

Die Definition des Begriffs Wohnungslosigkeit, so Herr Plogmann, sei stets neu gefasst worden. Aus Sicht der Wohlfahrtsverbände ist jemand wohnungslos, wenn er keine eigene Wohnung und dauerhaft kein eigenes Mietverhältnis habe.

Zum Abschluss stellt Herr Nadolski-Voigt fest, dass es in der Angelegenheit durchaus noch Diskussionsbedarf gebe. Vielleicht gebe es auch die Möglichkeit, das Thema in einer Arbeitsgruppe noch etwas intensiver zu diskutieren.

Punkt 2

ARGE Kreis Unna – mündlicher Bericht der Geschäftsführung

- Aktuelle Entwicklungen
- Zukunft der ARGEN

Erörterung

Herr Ringelsiep berichtet einleitend über die aktuelle Situation der ARGEN. Da die CDU/CSU Bundestagsfraktion dem vom Bundesarbeitsministerium und den Ländern erarbeiteten Kompromissentwurf nicht zugestimmt habe, sei eine Verfassungsänderung in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich. Sollte es auch im Anschluss an die Bundestagswahl im Herbst zu keiner Einigung kommen, werde es auf eine Trennung der Trägerschaft hinauslaufen – etwas was eigentlich keiner wolle. Die Zukunft sei also noch ziemlich unklar. Dieses Sorge für gewisse Problematiken und zwar einerseits bei der Anmietung von benötigten Räumlichkeiten und andererseits auch bei der Personalplanung. Viele KollegINNen strebten eine Rückkehr zur Kommune oder mittlerweile auch zur Bundesagentur an.

Weiter wolle er auf diverse Presseberichte der vergangenen Tage hinweisen, so Herr Ringelsiep weiter. Bei der aktuellen Kundenbefragung habe man insgesamt ein sehr gutes Ergebnis erzielen können. Dieses sei sowohl eine Bestätigung der Mitarbeiter vor Ort als auch eine Bestätigung des eingeschlagenen Weges. In der Rheinischen Post und auch in diversen anderen Medien wurde die gute Arbeit der ARGE im Kreis Unna positiv hervorgehoben. Im Rahmen der eigenen Jahrespressekonferenz in der kommenden Woche werde man selber für 2008 auch viel Positives berichten können.

Dagegen müsse man im laufenden Jahr davon ausgehen, dass die ARGE aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder mehr Kunden bekommen werde und sich dadurch möglicherweise auch ein erhöhter Personalbedarf ergebe. Die finanzielle Situation der ARGE stelle sich derzeit ebenfalls schwierig dar. Es sei richtig, dass Herr Neuhaus zunächst einen Förderstopp verhängt habe. Dieser sei notwendig, da mit den noch vorhandenen Mitteln sorgsam umgegangen werden müsse. Es gebe zwar positive Signale, wonach sich die Situation entschärfen könnte – solange es aber keine Neuregelungen gebe, bleibe es bei dem engen Finanzspielraum. Dieses habe zur Folge, dass derzeit nur noch Maßnahmen gefördert werden können, die unmittelbar in den Arbeitsmarkt führen würden. Alles andere müsse zunächst geprüft werden.

Nun stelle sich womöglich die Frage, was zu dieser Situation geführt habe. Die ARGE Kreis Unna sei bei der Integration in den Arbeitsmarkt sehr erfolgreich gewesen. Die jeweiligen Instrumente seien aber auch sehr teuer gewesen. Die erfolgreiche Arbeit habe nun zu einer Unterausstattung geführt. Die Situation sei dem Vorstand der Bundesagentur dargelegt worden. Auch scheine es so, als sei die Problematik dort zwischenzeitlich erkannt worden – lediglich an einer Lösung fehle es noch.

Die Marktsituation stelle sich ebenfalls sehr schwierig dar. Es gebe zwar weniger Aufstocker, dieses liege aber insbesondere daran, dass viele Menschen ihre Nebenstellen/-verdienste verlieren würden. Große Verlierer der Wirtschaftslage seien derzeit insbesondere zwei Personengruppen: Männer und besonders ungelernte Kräfte. Die Gesamtsituation könne insbesondere an der fehlenden Dynamik auf dem Arbeitsmarkt ausgemacht werden. Auch gebe es derzeit kreisweit rund 4.000 bis 5.000 Fälle von Kurzarbeit (sonst unter 200). Ein weiteres Problem werde auch auf dem Ausbildungsmarkt sichtbar. Es gebe im kommenden Ausbildungsjahr etwa 1-2 % mehr Bewerber bei rund 9-10% weniger Ausbildungsstellen. Das bisher schon ungünstige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage werde sich noch weiter verschlechtern. Insgesamt könne dennoch festgehalten werden, dass sich die Marktlage im Kreis Unna noch nicht so schlimm darstelle, wie es in anderen Regionen der Fall sei.

Punkt 3

Sozialbericht zu problematischen Einkommensverhältnissen im Kreis Unna;
Mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Sparbrod weist einleitend darauf hin, dass es sich hierbei um den Aufschlag für den angekündigten „Sozialbericht zu problematischen Einkommensverhältnissen im Kreis Unna“ handle. Man werde versuchen, den Bericht bis zur nächsten Ausschusssitzung im August in gedruckter Form zu präsentieren, damit die Inhalte dann auch in den einzelnen Fraktionen diskutiert werden können.

Anschließend stellt Herr Zakel den Bericht anhand einer Präsentation ausführlich vor. Diese ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 4

026/09

Integrationskonferenz Kreis Unna

Erörterung

Mit der Sitzungsvorlage Nr. 026/09 wolle man den Ausschussmitgliedern einen Überblick darüber geben, was seit Beginn der Integrationskonferenz im Kreis Unna zu diesem Thema stattgefunden habe, so Herr Sparbrod.

Frau Raupach teilt im Anschluss mit, dass die Integrationskonferenz ein Teil des strategischen Gesamtkonzeptes „Integration“ sei. Auch wolle sie darauf hinweisen, dass man nicht nur Integrationsleitziele beschlossen habe, sondern dass man auch an deren Umsetzung arbeite. Ein wichtiges Ziel stelle dabei eine verbesserte Absprache zwischen den einzelnen Kommunen im Kreis Unna dar, um dadurch eine gemeinsame Vorgehensweise auf dem Gebiet zu forcieren. Erwähnenswert sei auch, dass die kommunale Integrationsarbeit im Kreis Unna als beispielhaft wahrgenommen werde.

Eine zu diesem Thema erarbeitete aber nicht vorgestellte Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Zum Abschluss geht Frau Raupach noch auf eine Nachfrage von Frau Wentzek zum Thema „Ehrenamtliches Engagement“ in der Integrationsarbeit ein.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5

020/09

Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna

-Zwischenbilanz-

Erörterung

Die Sitzungsvorlage Nr. 020/09 wird von Herrn Sparbrod erläutert. Er gehe momentan davon aus, so der Dezernent, dass es nach wie vor 3 Pflegestützpunkte (PSP) im Kreisgebiet geben werde, wovon einer kommunal angelegt sei. Das Ergebnis der anstehenden Gespräche über die Trägerschaft der PSP sei jedoch noch offen. Über die weitere Entwicklung werde er aber auch künftig berichten.

Bei den Verbraucherberatungen habe man es hinbekommen, dass es kreisweit eine flächendeckende Beratung gibt, so Frau Wentzek. Dieses scheine aus ihrer Sicht bei der PSB nicht ganz gerecht verteilt zu sein. Herr Sparbrod teilt hierzu mit, dass er gerne an dem bisherigen System festhalten wolle. Ziel sei die Einrichtung von Pflegestützpunkten im Süd-, Mittel- und Nordkreis – bei gleichzeitigem Angebot von Sprechstunden in den weiteren Kommunen. Es gebe übrigens keine Verpflichtung zur Einführung der PSP. In der Sache werde man am Ball bleiben. Sollten sich neue Entwicklungen abzeichnen, könne man sich im Bedarfsfall zum Beispiel auch zu interfraktionellen Gesprächen zusammensetzen.

Punkt 6

030/09

Wohnberatung;

Fortführung der Finanzierung

Erörterung

Herr Sparbrod erklärt, dass mit der vorliegenden Sitzungsvorlage die Fortführung der bisherigen

Wohnberatung ohne die finanzielle Beteiligung des Landes dargestellt werde. Um die Wohnberatung für 2009 zu sichern, sei ein Betrag in Höhe von maximal 18.000 € bereit zu stellen. An der Sinnhaftigkeit der Wohnberatung sollte es aus seiner Sicht keine Zweifel geben. Für das kommende Jahr müsse man mit Mehrkosten von rd. 30.000 € rechnen. Hierzu seien dann die Haushaltsberatungen für 2010 abzuwarten.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, nachstehenden Beschluss zu fassen:

- Der zur Weiterführung und Sicherung der Wohnberatung bis zum 31.12.2009 notwendige zusätzliche Gesamtzuschuss des Kreises Unna in Höhe von maximal 18.000,00 € ist überplanmäßig bereitzustellen.
- Über die Weiterführung der Wohnberatung in den Folgejahren ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010 bzw. im Zusammenhang mit der Errichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna erneut zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

027/09

Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna vom 03.01.2005

- Rückübertragung bei der Verfolgung von (Unterhalts-) Ansprüchen nach § 93 und 94 SGB XII -

Erörterung

Herr Sparbrod geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage 027/09 ein und weist auf die gegebene Situation hin. Aufbereiten wolle man in Kürze auch das Thema „Ambulante Hilfe zur Pflege“ und wohl auch hier den Vorschlag unterbreiten, diese Angelegenheit ebenfalls auf den Kreis Unna zu übertragen. Hierüber habe man auch vor einiger Zeit bereits in der Finanzstrukturkommission beraten, die Angelegenheit damals aber zunächst zurückgestellt.

In der Sache stimme man mit der Verwaltung überein. Um aber die ständigen Diskussionen über die Festsetzung der Kreisumlage auf eine sachliche Ebene zu bringen, sei es aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in solchen Angelegenheiten sinnvoll, einheitliche Zielvereinbarungen mit den Kommunen zu schließen. Dadurch sei eine bessere Darstellung der Aufgabenwahrnehmung sowie der damit verbundenen Kosten möglich.

Zielvereinbarungen halte er in diesem Bereich nicht für sinnvoll, so Herr Sparbrod. Die Kommunen befänden sich alleine schon aufgrund ihrer Größe in unterschiedlichen Situationen, weshalb konkrete Vorgaben in der Praxis nicht umgesetzt werden könnten. Die Angelegenheit sei über einen langen Zeitraum mit den Sozialdezernenten diskutiert worden.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna vom 03.01.2005 wird geändert und in der als Anlage beigefügten Fassung neu erlassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

028/09

Finanzierung von Mitteln zur Schwangerschaftsverhütung

Erörterung

Herr Sparbrod berichtet kurz, dass die vorliegende Sitzungsvorlage das in der Vergangenheit wiederholt andiskutierte Thema noch einmal aufarbeite.

Mit der Vorlage werde das beschrieben, was schon bekannt sei, so Frau Wentzek. Es könne doch eigentlich nicht sein, dass Schwangerschaftsabbrüche bezahlt würden, eine Verhütung aber nicht.

Die Sitzungsvorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anschläge auf Büroräume demokratischer Parteien

Anfrage von Frau Wentzek

Frau Wentzek berichtet kurz über die in den letzten Wochen und Monaten wiederholt stattgefundenen Anschläge auf Büroräume demokratischer Parteien im Kreis Unna. In einem gemeinsamen Gespräch mit dem Landrat habe dieser ihre Fraktion über die von Polizei und Ordnungsbehörden eingeleiteten Maßnahmen informiert und angemerkt, dass die Angelegenheit auch noch einmal im Sozialausschuss aufgegriffen werden solle. Auf die Frage, ob es bereits Initiativen hierzu gebe, teilt Herr Sparbrod mit, dass es einen klaren Auftrag des Kreistages an die Verwaltung gebe, dieses Thema aufzuarbeiten. Man werde Mitte Mai in großer Runde zusammenkommen, um diesem Auftrag nachzukommen. Auch gehe es darum, wie man die vom Kreistag bereitgestellten Mittel in Höhe von 10.000 € sinnvoll verwenden könne. Bis zur Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie am 18.08.2009 werde man nach Möglichkeit einen entsprechenden Bericht bzw. eine Vorlage erstellen. Frau Raupach ergänzt, dass die RAA bereits seit Jahren als Servicestelle gegen Rassismus aktiv sei und hier durchaus auch als Ansprechpartner zur Verfügung stehe.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 17.45 Uhr

Anlage

1. Präsentation zum Bericht der Wohlfahrtsverbände über die Wohnungslosenhilfe im Kreis Unna
2. Präsentation zum Sozialbericht zu problematischen Einkommensverhältnissen im Kreis Unna
3. Präsentation zur Integrationskonferenz Kreis Unna

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer